

**„Nur wer arbeitet, soll auch essen.“ Zur Kultur- und Sozialgeschichte der Arbeitslosigkeit**

**Veranstalter:** Alissa Michalke / Benjamin Bauer / Jadon Nisly / Marc Malischke / Miriam Schaptke, AK Kritische Geschichte, Projekt des AStA Bamberg e.V.

**Datum, Ort:** 23.06.2017–24.06.2017, Bamberg

**Bericht von:** Simon Dudek, Professur für Wirtschaftsgeographie, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

„Es liegt in der Natur des Kapitals, einen Teil der Arbeiterbevölkerung zu überarbeiten und einen anderen zu verarmen.“ – Die Evidenz der Marxschen Analyse kapitalistischer Akkumulation zeigte sich auf der Tagung zur Kultur- und Sozialgeschichte der Arbeitslosigkeit schon beim ersten Blick auf das epochenübergreifende Vortragsprogramm. Der historischen Ubiquität des sozialen Verhältnisses Arbeitslosigkeit zum Trotz stellt es als Forschungsfeld in den Geschichtswissenschaften ein Desiderat dar, dem anzunehmen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung zur Aufgabe gemacht haben.

In seiner Einführung griff MARC MALISCHKE (Bamberg) den provokativen Titel der Tagung „Nur wer Arbeitet, soll auch essen“ auf. Dieser geht auf einen Brief des Apostels Paulus an die Thessalonicher zurück, in dem dieser die Neuchristen zur Arbeitsamkeit ermahnt. Zugleich stellt die Aussage in ihrer Wiederkehr bei Bebel, Hitler und Stalin auch die Persistenz eines Denkens dar, das in verschiedenen ideologischen Gewändern die Arbeit zum Zweck an sich erhebt. Malischke stellte in diesem Zusammenhang die Parallelen zur gegenwärtigen Schuldenkrise in der Eurozone und deren Folgen, grassierender Jugendarbeitslosigkeit und steigender Altersarmut her. Zugleich betonte er den in Deutschland seit der Einführung der Arbeitsmarktreflexionen in der Regierungszeit Schröder rückkehrenden Klassismus und eine zunehmende Abstiegsangst.<sup>1</sup> Dementsprechend war es Hauptanliegen der Tagung a) epochenübergreifende Muster und Stereotype im Arbeitslosigkeitsdiskurs auszumachen und einer Analyse zuzuführen, b) Arbeitslo-

sigkeit als strukturellen Bestandteil kapitalistischer Vergesellschaftung zu fassen und eben aus dieser Interdependenz von Akkumulation und Erwerbslosigkeit heraus zu verstehen und c) Formen des Widerstands und der Organisation von TrägerInnen des Phänomens Arbeitslosigkeit als *black box* geschichtswissenschaftlicher Forschung sichtbar zu machen.

Dass Arbeitslosigkeit und die Sanktionierung Arbeitsloser keine spezifisch postfeudalistische Erscheinung ist, zeigte MARCEL KORGE (Leipzig) mit seinem Vortrag zur Ausgestaltung des Systems sozialer Sicherung bei „Arbeitslosigkeit“ durch die vor-modernen Handwerksorganisationen auf. Bereits im Spätmittelalter kristallisierten sich neben den Zünften als Interessensvertretungen der Handwerksmeister und somit als frühe Form der Organisation von Arbeitgebern auch Gesellenverbände als Arbeitnehmerverband heraus. Beide Gruppen nahmen sich auch der Arbeitslosen an. Korge führte in diesem Zusammenhang die Unterscheidung von a) natürlicher Arbeitslosigkeit (gemeinhin: Arbeitsunfähigkeit) b) struktureller und saisonaler Arbeitslosigkeit sowie c) freiwilliger Arbeitslosigkeit, also der Arbeitsunwilligkeit an.

Im Anschluss erörterte JAN MARKERT (Bamberg) anhand von ausgewählten Briefen Wilhelms I. und Reichskanzler Otto von Bismarck deren Auseinandersetzung über die soziale Frage im ausgehenden 19. Jahrhundert. Beide sahen die Herrschaft durch einen Anstieg an Streiks und die erstarkende Sozialdemokratie gefährdet. Markert zeigte dabei, dass diese Bedrohung bei Kaiser Wilhelm in einem Freund-Feind-Schema mündete, das in der parlamentarischen Repräsentation keine Unterscheidung mehr zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten zuließ, da sie alle Feinde der Krone seien. Bismarck nahm eine differenziertere Perspektive ein, was sich zum einen an der vermittelnden Rolle zeigen lässt, die er hinsichtlich des Sozialistengesetzes zwischen Parlament und Kaiser einnahm, zum anderen aber auch anhand seines Eintretens für eine Sozialgesetzgebung verdeutlicht

---

<sup>1</sup> Oliver Nachtwey, Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Frankfurt am Main 2016.

---

werden kann. Einig waren sich Reichskanzler und Kaiser indes in einer Position: Ein Recht auf Arbeit gibt es nicht.

Vor dem Hintergrund seiner Forschung zur Organisation und Selbstorganisation Erwerbsloser in der Weimarer Republik stellte HARALD REIN (Frankfurt am Main) emanzipative Bemühungen von Erwerbslosen zwischen den Weltkriegen und eine breite Palette an Widerstandsformen dar. Er hob in Abgrenzung zu der in der empirischen Sozialforschung bahnbrechenden Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ von 1933 hervor, dass nicht generell von einem kausalen Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Resignation ausgegangen werden kann. Dies lässt sich zum einen an einer Reihe lose organisierter Gruppen (sogenannten Vagabunden und Zeltstädtern), Protestformen (etwa die spontanen Zusammenschlüsse sogenannter Wilder Cliques) und unorganisierten Proteste gegen den Arbeitsdienst und Zwangsräumungen von Wohnungen ausmachen. Im Fortgang der Weimarer Republik gewannen die Erwerbslosenausschüsse der KPD an Bedeutung, die in ihrem Verständnis als arbeitslose Arbeiter den Einsatz von Streikbrechern verhindern wollten. Rein stellte die starke Bindung vieler Erwerbsloser an die KPD dar und arbeitete die gewichtige Rolle Erwerbsloser beim Widerstand gegen den Nationalsozialismus heraus.

Die Organisation von Arbeitslosen in der Weimarer Republik nahm auch JULE EHMS (Bochum) in den Blick, hatte jedoch die Freie Arbeiter Union Deutschlands (FAUD) in ihrem Vortrag zum Gegenstand. Als anarcho-syndikalistische Gewerkschaft stellte sich diese in der Zwischenkriegszeit gegen die Staatlichkeit der Weimarer Republik und insbesondere gegen den Parlamentarismus – auch anderer linker Parteien. Dem stellte die FAUD ein föderales Konzept von Basisdemokratie und Direkter Aktion entgegen. Zu ihrer Blütezeit um das Jahr 1920 umfasste die Gewerkschaft 150.000 Mitglieder, schrumpfte aber bis zur Weltwirtschaftskrise auf 9.500 Mitglieder zusammen, von denen 6.000 arbeitslos waren. Dementsprechend änderte sich auch die politische Arbeit der Freien Arbeiter Union Deutschlands, insofern Arbeitslose etwa durch eine Arbeitslosenzeitung und das Ziel

einer Einheitsfront von Erwerbslosen und Beschäftigten stärker in die Organisation einbezogen wurden. Die Gewerkschaft integrierte einerseits mit der Kritik bspw. an Pflichtarbeit Forderungen von Arbeitslosen, andererseits stand sie der staatlichen Erwerbslosenfürsorge ablehnend gegenüber.

Das antisemitische Grundmuster des nationalsozialistischen Arbeitsdiskurses stellte NIKOLAS LELLE (Berlin) in den Mittelpunkt seines Vortrages. Dieses ist geprägt durch das revanchistische Stereotyp eines spezifisch deutschen Arbeitsverständnisses, gepaart mit einem Hass auf Arbeitslosigkeit und Nicht-Arbeit. Mittels eines Exkurses über die historischen Figuren Martin Luther und Henry Ford skizziert Lelle, dass Arbeitslosigkeit a) dann Gegenstand populärer Problematisierung ist, wenn Arbeit in das Zentrum gesellschaftlicher Auseinandersetzungen rückt, und b) Antisemitismus und Arbeitswahn Hand in Hand gehen. Anhand Antonio Gramscis Analyse des Fordismus zeigte er darauf folgend auf, dass der Nationalsozialismus für den Arbeits- und Produktionsprozess einen neuen Menschentypus anstrebte. Ausgehend von dieser Maxime analysierte Lelle eine Rede Adolf Hitlers aus dem Jahr 1920. Diese gilt als erster Beleg für den dem nationalsozialistischen Antisemitismus inhärenten Nexus von Arbeit und Sittsamkeit. So unterscheidet Hitler zwischen der schaffenden Tätigkeit, die zu Gunsten des Mitmenschen ausgeübt wird, und der zinsbasierten und damit unsittlichen raffenden Tätigkeit. Dementsprechend wurde Arbeit im Nationalsozialismus zur Pflicht und der Arbeitsbegriff weitete sich dahingehend über die eigentliche Erwerbstätigkeit hinaus aus, wurde naturalisiert und nationalisiert, sodass alles, was dem Volkskörper diene – also bspw. auch die Hausarbeit, oder, man denke an die KdF-Bewegung, die Arbeit am eigenen Körper – als sitzame Tätigkeit im Sinne des Nationalsozialismus galt.

Der erste Veranstaltungstag endete mit einem Vortrag von YVES MÜLLER (Hamburg) zur Inszenierung von Arbeit und Erwerbslosigkeit der Sturmabteilung (SA) aus männlichkeitenhistorischer Perspektive. Müller stützte sich dabei auf die politischen Lebensläufe von SA-Mitgliedern. Er zeigte auf,

dass die SA vor und während des Nationalsozialismus auch als Auffangbecken für Arbeitslose diente. So nahm die SA mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten zunehmend die Rolle einer arbeitsvermittelnden Instanz ein. Als maßgebliches Kriterium für die Vermittlung von Arbeit galt erstens die Mitgliedschaft in der NSDAP oder der SA und zweitens rassische Muster (etwa der Ariernachweis). Mit dem Kriegsbeginn waren die eroberten Ostgebiete oftmals das Ziel der Arbeitsvermittlung. Aus der männlichkeitenhistorischen Forschungsperspektive Müllers hatte die Arbeit der SA auch eine psychosoziale Bedeutung: Aus dem passiven, arbeitslosen Individuum wurde in der SA ein aktives Mitglied der Bewegung, das sich für den Nationalsozialismus opfert, eine Form der Selbstermächtigung, die Müller als „akteurszentriertes „doing gender““ betitelte.

Das Abendprogramm der Tagung bildete ein von JADON NISLY (Bamberg) durchgeführter Stadtrundgang zu historischen Orten Erwerbsloser und Subalternen in der Stadt Bamberg. Er spannte dabei einen Bogen vom Alltag Prostituiertener im Spätmittelalter über das ehemalige Arbeitshaus (heute: Gefängnis) sowie dem ehemaligen Allgemeinen Krankenhaus (heute: Hotel Residenzschloss) als zwei konträre Umgangsformen mit Subalternen im Zeitalter der Aufklärung.

Der zweite Konferenztag begann mit MARC MALISCHKES (Bamberg) Vortrag zur Erwerbslosigkeit zwischen Ausblendung und Steuerungshybris in der westdeutschen Wirtschaftspolitik 1948–1973. Malischke erarbeitet darin eine Analyse der westdeutschen Wirtschaftspolitik vor dem Hintergrund des Einflusses der volkswirtschaftlichen Schulen des Ordoliberalismus und des Keynesianismus. Arbeitslosigkeit war für den von der ordoliberalen Freiburger Schule geprägten und beratenen Ludwig Erhard eine abhängige Variable des Wirtschaftswachstums, das zu wahren zur volkswirtschaftlichen Prämisse avancierte. Dem stellte der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Karl Schiller das Konzept der keynesianistischen Globalsteuerung gegenüber. Den vermeintlichen selbstregulatorischen Fähigkeiten des Marktes gegenüber skeptisch eingestellt, wurden aktive Eingriffe in den Markt als notwendig

erachtet, um die systemimmanente Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Als 1967 im Zuge einer kurzen Rezession die Arbeitslosenquote auf 2,1 % anstieg ergriff die Bundesregierung mit Konjunkturprogrammen und dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz eine Reihe von Gegenmaßnahmen. Der Vortrag endete mit einem Ausblick auf die 1970er-Jahre deren Krisen die Zeit der wirtschaftspolitischen Experimente zwischen Ordoliberalismus und Globalsteuerung beendete.

Eine Absurdität postnazistischer Praxis hatte der Vortrag von BENJAMIN BAUER (Bamberg) zum Gegenstand: In seinem Vortrag zum Arbeitszwang als Instrument der Vergangenheitspolitik referierte Bauer über Diskussionen des Bayerischen Landtags, das befreite Konzentrationslager Dachau als Arbeitslager des Freistaats zu nutzen. Deutlich wurden im Verlauf des Vortrags weitere Kontinuitäten in der Nutzung bzw. den Nutzungsabsichten des Lagers. Bereits seit Oktober 1934 wurde das KZ Dachau offiziell als Arbeitsanstalt im Sinne des aus der Weimarer Republik stammenden Reichsfürsorgepflichtgesetzes genutzt und fasste über 16.600 als „Asoziale“ oder „Berufsverbrecher“ kategorisierte Strafgefangene. Im Hungerwinter 1947/48 bringt der CSU-Landtagsabgeordnete Hans Hagn zusammen mit 15 Parteikollegen einen Antrag in den Landtag ein, auf dem Gelände des KZ ein Arbeitslager als „Stätte der Umerziehung von asozialen Elementen“ zu errichten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und auch der Bayerische Gewerkschaftsbund forderte zeitgleich die Einweisung „aller asozialen Elemente in ein Arbeitslager“. Mit Rekurs auf die Funktionen der Vergangenheitspolitik nach Norbert Frei stellt Bauer hierzu die These auf, dass eine Nachnutzung als Arbeitslager die funktionelle Überführung des Geländes in einen Gedenkort verhindern sollte. Die Umsetzung des Landtagsbeschlusses scheiterte, da der Bayerische Landtag im April 1948 für eine Nachnutzung des Konzentrationslagers als Flüchtlingslager votierte.

In die jüngste Vergangenheit führte der mit Praktiken des „Nichtstuns“ ironisch überschriebene Vortrag von KYRA PALBERG (Duisburg-Essen). Darin kritisierte sie die Instrumentalität quantitativer Methoden diver-

---

ser Meinungsforschungsinstitute zum Thema Arbeitslosigkeit aus sozialkonstruktivistischer Perspektive. Palberg zeigte dabei anhand ausgewählter Umfragen aus der deutschen Presselandschaft des endenden 20. Jahrhunderts eine Verschiebung der Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit von einem strukturellen hin zu einem individuellen Problem auf. Die Demoskopie suggeriert dabei oftmals eine Unterteilung in aktive und passive Individuen und folglich in Urteilende und Beurteilte. Die Analyse deckt sich mit Wilhelm Heitmeyers Aussage<sup>2</sup>, insofern der Arbeitslosigkeitsdiskurs das Ergebnis eines Eliten-diskurses in Medien und Öffentlichkeit ist. So finden etwa Metaphern aus dem Gesundheitsbereich (vitale respektive kränkelnde Region) einen Eingang in den Arbeitslosigkeitsdiskurs. Der Beitrag zielt so auf eine ideologiekritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Mustern der Gegenwart ab.

Der Übergang zur abschließenden Podiumsdiskussion mit zwei Erwerbslosenorganisationen, der ortsansässigen Armuts- und Arbeitsloseninitiative (AuA) Bamberg und der Erwerbsloseninitiative BASTA! aus Berlin, gestaltete sich entsprechend fließend. Letztere erläuterten in ihrem Impulsvortrag anhand marxistischer Überlegungen zum Verhältnis von Kapital und Arbeit die hohe Bedeutung einer politischen Auseinandersetzung mit Erwerbslosigkeit und stellten die basisdemokratische Organisation der Initiative dar.

Zum Abschluss der Tagung zog Benjamin Bauer im Namen der Veranstalter ein Resümee. Er argumentierte, dass die ungeschriebene Geschichte der Arbeitslosen einen objektiven Grund in der Quellenarmut und einen subjektiven Grund im Ressentiment gegenüber Arbeitslosen habe, auf dessen Grundlage Arbeits- und Erwerbslosen historisch-politische Wirkmächtigkeit abseits von Protestwahlen aberkannt wird. Dem stellte er die Notwendigkeit historischer Forschung entgegen, die sich Arbeits- und Erwerbslosen zum einen als Subjekte der Geschichte näherte und zum anderen die Diskurse und Herrschaftsmittel über Arbeitslose problematisierte.

#### **Konferenzübersicht:**

Marc Malischke (Bamberg): Einführung

Marcel Korge (Leipzig): Unterstützung, Re-

glementierung und Sanktionierung. Die Ausgestaltung des Systems sozialer Sicherung bei „Arbeitslosigkeit“ durch die vormoderne Handwerksorganisationen

Jan Markert (Bamberg): „mußte erst der Souverain verwundet werden ehe solche Maßregeln erreicht werden konnten!“ Kaiser Wilhelm I. und die Soziale Frage im Deutschland des späten 19. Jahrhunderts

Harald Rein (Frankfurt): „...denn das Stempeln is uns lieber, als das Schuften auf der Welt!“ Organisation und Selbstorganisation Erwerbsloser in der Weimarer Republik.

Jule Ehms (Bochum): „Erwerbslose! Auf zur Solidarität!“ Thesen zur gewerkschaftlichen Organisierung von Erwerbslosen in der Freien Arbeiter Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten).

Nikolas Lelle (Berlin): „Ich könnte nicht ohne Arbeit sein“ Der Nationalsozialismus und sein Hass auf Arbeitslosigkeit und Nicht-Arbeit

Yves Müller (Hamburg): „Menschen ohne Glück, ohne Arbeit und Brot“? zur Inszenierung von Arbeit und Erwerbslosigkeit in der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA) 1930-1941 unter männlichkeitenhistorischer Perspektive

Marc Malischke (Bamberg): Arbeitslose in der Wirtschaftswunderökonomie? Erwerbslosigkeit zwischen Ausblendung und Steuerungs-hybris in der westdeutschen Nachkriegsökonomik und Wirtschaftspolitik 1948-1973

Benjamin Bauer (Bamberg): Arbeitszwang als Instrument der Vergangenheitspolitik? Das ehemalige KZ Dachau im Postfaschismus

Kyra Palberg (Duisburg-Essen): Praktiken des Nichtstuns. Konstruktionen von Arbeitslosen in der Meinungsforschung

Tagungsbericht „Nur wer arbeitet, soll auch essen.“ *Zur Kultur- und Sozialgeschichte der Arbeitslosigkeit*. 23.06.2017–24.06.2017, Bamberg, in: H-Soz-Kult 18.09.2017.

---

<sup>2</sup> Wilhelm Heitmeyer / Kirsten Edrikat, Die Ökonomisierung des Sozialen. Folgen für „Überflüssige“ und „Nutzlose“, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände* 6, Frankfurt am Main 2008, S. 55ff.